

Armut bekämpfen - Reichtum umverteilen

Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendring zum Entwurf für den Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005

Der Deutsche Bundesjugendring begrüßt die Absicht der Bundesregierung, Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland zu bekämpfen und sieht in der regelmäßigen und rechtzeitigen Vorlage der Nationalen Aktionspläne einen wichtigen Schritt, dieses Problem im europäischen Rahmen anzugehen.

Diese Aufgabenstellung ist von zentraler Bedeutung, da davon auszugehen ist, dass Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und den anderen Ländern der EU nach wie vor eines der gravierendsten gesellschaftlichen Probleme ist und die soziale Polarisierung noch nicht grundsätzlich umgekehrt werden konnte.

Viele der im vorliegenden Papier getroffenen Feststellungen und Ableitungen werden vom Deutschen Bundesjugendring geteilt und die Vorhaben unterstützt.

An einigen - zum Teil wesentlichen - Stellen sieht sich der Deutsche Bundesjugendring jedoch im Widerspruch zu den Aussagen des Entwurfes. Darüber hinaus vermischen wir Aussagen zu aus unserer Sicht wichtigen Themenfeldern.

Der Deutsche Bundesjugendring möchte insbesondere auf Stellen aufmerksam machen, an denen er eine Überarbeitung des Entwurfes empfiehlt, und mit der Darstellung seiner Kritikpunkte und Änderungsvorschlägen dazu beitragen, dass in der endgültigen Fassung des Aktionsplanes "...die Erfahrungen aus unterschiedlichen Bereichen..."¹ mit einbezogen werden und dieser "...die Aktivitäten aller relevanter Akteure, von Bund, Ländern und Gemeinden, sowie den Beitrag der Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände und anderer Nichtregierungsorganisationen. ..." ² dokumentiert.

Leider war die zur Verfügung stehende Zeit (ca. zwei Wochen) zu knapp, um eine umfassende Stellungnahme zum vorliegenden 40-seitigen Entwurf zu erarbeiten. Diese Kürze der Zeit ermöglicht keinen "Dialog der Akteure" in der gebotenen Gründlichkeit.

Daher kann in den folgenden Ausführungen nur punktuell auf einzelne Abschnitte eingegangen werden.

Inhalt



Allgemein
Zentrale Trends und Herausforderungen
Ergebnisse der NAP¹incl 2001-2003
Good-Practice - Beispiele
Anhang

Impressum

Herausgeber
Deutscher Bundesjugendring e.V.
Mühlendamm 3
10178 Berlin
Telefon: 030/400 404 - 00
Telefax: 030/400 404 - 22
E-Mail: info@dbjr.de
Internet: www.dbjr.de
Gunda Voigts (V.i.S.d.P.)
Oktober 2003

Allgemein

Für den vorliegenden Entwurf hätte es sich der Deutsche Bundesjugendring gewünscht, wenn die aktuelle Situation und Entwicklung in Deutschland sowie die diesbezüglichen Aktivitäten der Bundesregierung (und der Länder) kritischer reflektiert würden.

Die meisten im vorliegenden Entwurf genannten Lösungsansätze heben auf Lohnarbeit als Lösung von Armut und sozialer Ausgrenzung ab. Festzustellen ist jedoch, dass die Entwicklung der letzten Jahre, die aktuellen Arbeitslosen- und Wirtschaftszahlen sowie die gegenwärtigen Prognosen und Tendenzen eine Vollbeschäftigung in absehbarer Zeit nicht erwarten lassen. Zudem wird mit dem rein beschäftigungsorientierten Ansatz das Phänomen der "working poor", welches in der Armutforschung nähere Betrachtung genießt, schlichtweg ignoriert. Damit kann die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stärkung der Wirtschaft bei all ihrer Wichtigkeit nicht die alleinige Lösung für die bezeichneten Probleme sein, sondern muss sich in eine Reihe weiterer Maßnahmen einreihen. Diese erscheinen im vorliegenden Text unterrepräsentiert. Insbesondere fehlt ein Diskurs über die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland.

Als einen wichtigen Indikator für die soziale Situation und den Grad der Ausgrenzung sehen die Jugendverbände die politische und gesellschaftliche Partizipation an. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche. Daher sollte diese z.B. in die Reihe der Tertiärindikatoren aufgenommen werden. Vorhandene Daten sollten entsprechend ausgewertet und nicht vorhandene erhoben werden. Beispielhaft dafür können die Beteiligung an Angeboten der Jugend(verbands)arbeit oder der Organisationsgrad von Kindern und Jugendlichen sein. Hier könnte der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Bürgerschaftliches Engagement" sicherlich eine wertvolle Indikatoren-Basis darstellen.

An einigen Stellen sind im Entwurf Absolutzahlen enthalten, so z.B. auf Seite 2: "Im März 2003 waren 562.000 Jugendliche arbeitslos." Solche Zahlen haben ohne Angabe von Vergleichszahlen und Entwicklungstendenzen wenig Aussagewert. Wir würden uns daher an diesen Stellen die Angabe von Vergleichsaussagen oder Verhältnisangaben wünschen, um eine Vergleichbarkeit herzustellen und die Längsschnittperspektive zu ermöglichen.

Dem bisher recht gut untersuchten Bereich der Lebenslagen in Armut steht - auch im vorliegenden Papier - der bisher noch sehr wenig untersuchte Bereich der Lebenslagen in Reichtum gegenüber. Bisher gibt die Forschungslage noch nicht einmal eine Definition von Reichtum her. Der Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt fest, dass die Privatvermögen 8.200.000.000.000 DM im Jahr 1998 betragen. So waren in den alten Bundesländern etwa 42 Prozent im Besitz der vermögendsten 10 Prozent der Haushalte, wäh-

rend den unteren 50 Prozent der Haushalte nur 4,5 Prozent des Vermögens gehörten. Durchschnittlich besaß das obere Zehntel ein Vermögen von ca. 1.100.000 DM. In den neuen Ländern war die Ungleichheit der Vermögensverteilung noch größer. Die reichsten 10 Prozent besaßen 1998 rund 48 Prozent des Vermögens.³ Eine Betrachtung aller sozioökonomischen Lebenslagen ist jedoch Voraussetzung zum Aufzeigen von Lösungsansätzen.

Zum vorliegenden Entwurf im Einzelnen: Zentrale Trends und Herausforderungen

In diesem Abschnitt wird festgestellt: "Deutschland verfügt über ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung."⁴ Diese absolute Aussage steht aus Sicht des Deutschen Bundesjugendrings im Widerspruch zu den ebenfalls im Entwurf festgestellten (z.T. hohen) Quoten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen. Außerdem sind "Arbeitslosigkeit" und Sozialhilfe in der Armutforschung akzeptierte Teilindikatoren für Armut-Lebenslagen, gleichzeitig aber Teile des Systems der sozialen Sicherung. Wie geht das zusammen?

Ebenfalls in diesem Abschnitt des Aktionsplanes wird festgestellt: "...Leistungen und Rechte sind für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Status und ihren Lebensbedingungen zugänglich."⁵

Dieser Aussage kann der Deutsche Bundesjugendring selbst unter der verengenden juristischen Verwendung des Wortes "Bürger" für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (und allen Bürgerechten, z.B. Wahlrechten) nur sehr bedingt zustimmen. So hängt z.B. der Zugang zu den Bildungsressourcen nicht nur aus Sicht des Deutschen Bundesjugendrings nach wie vor vom sozialen Status ab. Aus der PISA-Studie können ähnliche Aussagen entnommen werden.

Mit Blick auf alle Einwohner Deutschlands ist darüber hinaus festzustellen, dass viele Leistungen und Rechte u.a. vom Aufenthaltsstatus abhängen. So sei hier nur die nach wie vor existente Vorbehaltserklärung Deutschlands zur UN-Kinderrechtskonvention erwähnt.

Im nächsten Abschnitt wird die Reform-"Agenda 2010" der Bundesregierung als Lösungsansatz benannt.⁶ Einer positiven Einschätzung können wir uns ebenso wenig anschließen, wie der überwiegend positiven Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission, wie z.B. der Neuregelung der Mini-Jobs. Hier vertritt der Deutsche Bundesjugendring gegenteilig die Auffassung, dass die Ausweitung der Mini-Jobs zu einer Ausweitung des Niedriglohnssektors und damit zu einer Erhöhung der sogenannten "working poor", also der Armut trotz Erwerbseinkommen, führt. Der Deutsche Bundesjugendring fordert die Beseitigung des Niedriglohnssektors, unter anderem um dem Phänomen "wor-



king poor" vorbeugend entgegen zu wirken.

Der Deutsche Bundesjugendring teilt die im Abschnitt *Familien- und kindergerechte Gesellschaft* getroffenen Aussagen zur Abhängigkeit des sozialen Status von der Familienform⁷ und z.B. der Anzahl der Geschwister. Wir verweisen dazu auf das Positionspapier des Deutschen Bundesjugendrings "Armut von Kindern bekämpfen - Reichtum umverteilen."

Ende 1998 erhielten bundesweit 2,88 Millionen Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Das waren 3,5 Prozent der Bevölkerung. Unter diesen SozialhilfeempfängerInnen waren Kinder unter 18 Jahren mit ca. 1,1 Millionen, von insgesamt 2,88 Mio. überhaupt, die größte Gruppe, stellt der Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung fest. Bei den Haushalten seien alleinerziehende Mütter am stärksten betroffen (28,1 Prozent der Haushalte, die Sozialhilfe beziehen). Einen großen Einfluss auf das Armutsrisiko hat auch die Anzahl der Geschwister. Hat ein Kind in den alten Bundesländern zwei oder mehr Geschwister, steigt das Risiko, arm zu sein, um das Zweifache im Vergleich zu geschwisterlosen Kindern.⁸

Die Aussage "Bildung ermöglicht dem Einzelnen soziale Teilhabe und die aktive Mitgestaltung unserer wissensbasierten Gesellschaft. Umgekehrt ist ein niedriges schulisches und berufliches Ausbildungsniveau ein hoher Risikofaktor für Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung."⁹ im Absatz *Bildungsniveau und*

Teilhabechancen wird vom Deutschen Bundesjugendring geteilt, wobei gleichzeitig auf die Ergebnisse der PISA-Studie zur Teilhabechance an Bildung verwiesen wird.

Der Feststellung, dass "der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft der Schüler abhängt."¹⁰ - die durch den Deutschen Bundesjugendring geteilt wird - steht unseres Erachtens das Handeln, z.B. im Versuch bzw. der Ermöglichung der Einführung von Studiengebühren, entgegen. Auch hierzu vermissen wir Aussagen im vorliegenden Entwurf.

Die verwendete Zwischenüberschrift *Integration von Migrantinnen und Migranten*¹¹ im Zusammenhang mit dem folgenden Absatz führt zu einer Vermischung von Begrifflichkeiten (z.B. MigrantInnen, AusländerIn, AussiedlerIn etc.), die aus den o.g. Gründen wohl unterschieden werden müssen.

Die im benannten Abschnitt getroffene Aussage "Hauptursache für diese Differenz sind vor allem Defizite bei der Sprachkompetenz und der schulischen sowie beruflichen Qualifikation der Zuwanderer."¹² impliziert die hauptsächlich individuelle Verantwortlichkeit der MigrantInnen für ihre sozioökonomische Situation. Diese Einschätzung können wir nicht teilen und verweisen beispielsweise auf den mehrfach festgestellten Zusammenhang zwischen Aufenthaltsstatus und sozioökonomischer Situation und damit auf vorwiegend systembedingte Ursachen der Aus-

grenzung.

Zur ebenfalls in diesem Abschnitt getroffenen Aussage "...sind Angebote zur Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse ..."13 stellt der Deutsche Bundesjugendring fest, dass es sich hierbei nach dem Willen der Bundesregierung zukünftig nicht mehr - wie formuliert - um ein Angebot, sondern entsprechend des neuen Zuwanderungsgesetzes um eine Zwangsmaßnahme handelt. Eine solche lehnen wir ab.

Ergebnisse des NAP'incl 2001-2003

Im Abschnitt *Abbau der Jugendarbeitslosigkeit* wird im letzten Absatz festgestellt "Nach ersten Zwischenergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung haben 34,4% der Jugendlichen danach einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz gefunden; insgesamt sind 54,7% als sozial integriert zu bezeichnen."14 Diese Angabe ist insofern nur wenig aussagefähig, da keine Angaben gemacht wurden, ob und wie viele Jugendliche außerhalb des Programms dadurch aus dem Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt gedrängt wurden. Besser ist an dieser Stelle eine Aussage zur Entwicklung der Jugendarbeits- und Ausbildungsplatzlosigkeit insgesamt und des Einflusses der Programme darauf bzw. eine Aussage dazu, wie viele Ausbildungs- und Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen wurden.

Im Abschnitt *Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung* wird festgestellt, "Das im NAP'incl 2001-2003 angekündigte Konzept für eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung trat am 1. Januar 2003 in Kraft."15 Dies wird durch den Deutschen Bundesjugendring ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig ist damit jedoch aus unserer Sicht nur ein erster Schritt getan. Nach wie vor fordert der Deutsche Bundesjugendring "Durch die Einführung der Grundsicherung muss für Kinder und Jugendliche - und ihre Familien - ein Weg aus der Armut geebnet werden, damit sie befähigt werden, schwierige Lebenslagen zu bewältigen. Dazu müssen die entsprechenden Leistungen angepasst und neue Instrumente entwickelt werden."16

Der Deutsche Bundesjugendring begrüßt, dass "Die Schulen ... seit 2001 kostenfrei und inzwischen auch mehrheitlich mit Breitbandkapazität ans Internet angeschlossen (sind), ..."17 Dies ist eine notwendige Voraussetzung für die Teilhabe der Schülerinnen und Schüler an der Informationsgesellschaft. Das Ausstaten der Schulen etc. mit Technik reicht aber aus unserer Sicht nicht. Es mangelt nach wie vor massiv an der Aus-, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte in diesem Bereich. Dies betrifft insbesondere den Einsatz der Technik im Unterricht oder die Medienkompetenz der pädagogischen Fachkräfte, ohne die die Technik nichts nutzt. Diese Forderung des Deutschen Bundesjugendrings ist u.a. nachzulesen in den "Forderungen des Deutschen Bundesjugendring zur Bundestagswahl" unter dem Stichwort "Methodenkompetenz

als Schlüsselqualifikation".

Im Abschnitt *Vermeidung von Überschuldung* regen wir die Auseinandersetzung mit dem speziellen Problem der Überschuldung von Jugendlichen und möglichen Strategien und Handlungsansätzen dagegen an. So waren 1999 schon 20 Prozent der Jugendlichen in den alten Bundesländern und 14 Prozent in den neuen Bundesländern verschuldet.18

Im Abschnitt *Migrantinnen und Migranten* fehlt aus Sicht des Deutschen Bundesjugendrings eine Auseinandersetzung mit der UN-Kinderrechtskonvention und der Vorbehaltserklärung Deutschlands.

Good Practice - Beispiele

Der Deutsche Bundesjugendring bedauert es, dass unter den aufgeführten Good Practice - Beispielen keine aufgeführt sind, die sich speziell mit den sozioökonomischen Problemen von Kindern und Jugendlichen befassen. Die Jugendverbände wären sicher in der Lage gewesen, entsprechend Beispiele zu benennen.

Anhang

Leider enthalten auch die im Papier aufgeführten statistischen Angaben kaum differenzierte Aussagen zur Situation von Kindern und Jugendlichen. Der Deutsche Bundesjugendring regt verstärkte Erhebungen bzw. Forschungen speziell zur sozioökonomischen Situation von Kindern und Jugendlichen an. Ein Bestandteil sollten Erhebungen zum Umfang von Lohnarbeit von Kindern in Deutschland und ihre Motive (Finanzierung von zusätzlichem Taschengeld oder Beitrag zur Sicherung des Lebensunterhaltes) sein.

Vom Vorstand des Deutschen Bundesjugendrings am 15. Mai 2003 einstimmig beschlossen.

- 1 NAP('incl) - Entwurf vom 24.04.03 Seite 32, letzter Absatz
- 2 NAP('incl) - Entwurf vom 24.04.03 Seite 34, 2. Absatz
- 3 siehe Positionspapier: "Armut von Kindern bekämpfen - Reichtum umverteilen" des Deutschen Bundesjugendrings
- 4 NAP('incl) - Entwurf vom 24.04.03 Seite 1, 2. Absatz
- 5 ebenda
- 6 ebenda Seite 2, 4. Absatz
- 7 ebenda Seite 3, 2. Absatz
- 8 siehe Positionspapier: "Armut von Kindern bekämpfen - Reichtum umverteilen" des Deutschen Bundesjugendrings
- 9 ebenda Seite 4, 3. Absatz
- 10 ebenda Seite 5, 1. Absatz
- 11 ebenda Seite 5, 2. Absatz
- 12 ebenda Seite 5, 3. Absatz
- 13 ebenda Seite 6, 3. Absatz
- 14 ebenda Seite 11, 1. Absatz
- 15 ebenda Seite 12, 1. Absatz
- 16 siehe Positionspapier: "Armut von Kindern bekämpfen - Reichtum umverteilen" des Deutschen Bundesjugendring
- 17 NAP('incl) - Entwurf vom 24.04.03 Seite 13, 4. Absatz
- 18 siehe Positionspapier: "Armut von Kindern bekämpfen - Reichtum umverteilen" des Deutschen Bundesjugendrings